

Lichtenstein-Golzheimer Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Adlitz, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersfel, Ortmannsdorf, Rüssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüssen, Rabschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Aogl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlich-Amtsgerichtsbezirk

64. Jahrgang.

Nr. 99.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Freitag, den 1. Mai.

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1914

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Wilhelm-Ebert-Str. 6 b, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 11, für auswärtsige Inserenten mit 16 Pfg. berechnet. Reklamenzelle 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprechanruf Nr. 7. Inseratenannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt

Bekanntmachung.

Das am 13. April 1909 unter laufender Nummer 32 vom Stadtrat zu Lichtenstein ausgestellte Arbeitsbuch für **Kurt Alfred Franz** ist angeblich verloren gegangen. Zur Wiedererlangung und Verhütung mißbräuchlicher Verwendung des Buches wird dies hiermit bekannt gegeben. Lichtenstein, am 28. April 1914. Der Stadtrat. W.

Stadtmuseum

ist jeden Sonntag von 1/11 - 1/1 Uhr geöffnet.

Bekanntmachung.

Nachdem die Ergebnisse der hiesigen Gemeinde-, Staats- und Ergänzungsteuererschätzungen für das Jahr 1914 den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Einl.-St.-Ges. vom 24. 7. 1900 alle diejenigen Personen, welche bei der Einschätzung übergangen worden sein sollten, oder denen der Steuerzettel aus irgend einem Grunde nicht hat behändigt werden können, aufgefordert, sich **innerhalb 14 Tagen** zum Zwecke der Angabe ihrer Einkommensbezüge oder ev. Mitteilung des Schätzungsergebnisses bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden. Bohndorf, am 29. April 1914. Der Gemeindevorstand. Schaufuß

Das Wichtigste.

- Das Schiffe-Lanz-Kutschschiff „S. P. 2“, das am Dienstag abend 9 Uhr 15 Min. in Mannheim zu einer Probefahrt aufgetrieben war, nach welcher es von der Militärbehörde übernommen werden sollte, ist nach 20-stündiger Fahrt gestern nachmittag in Leipzig gelandet.
- Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand empfing gestern die ungarischen Delegationen in Ofen-Best. In der Thronrede wird erklärt, daß eine wesentliche weitere Entspannung der politischen Lage eingetreten sei.
- Die Beförderung im Befinden des Kaisers Franz Josef hält an.
- In Luzernburg wurde an der französischen Gesandtschaft die Fahne von der Stange heruntergeholt und gestohlen.
- In dem Dorfe Rahiet Kaleb Ibiar (Ägypten) sind bei einer Feuerbrunst 127 Häuser eingestürzt worden. Drei Eingeborene sind verbrannt, vier haben schwere Verletzungen davongetragen.
- Die Kritik in Ulster verschärft sich. An der irischen Küste in der Nähe von Belfast ist ein größeres Geschwader englischer Panzerdampfer erschienen.
- Bei einem Aufstand der Gefangenen im Zuchthaus zu Sibirsk wurden sieben Mann getötet, sechs lebensgefährlich verletzt.
- Die Vereinigten Staaten sind mit einem Waffenstillstand mit Mexiko einverstanden, falls ihnen zugestimmt wird, daß keine Ausschreitungen gegen Amerikaner vorkommen.
- In Kalkutta und Umgebung hat eine Wetterkatastrophe großes Unheil angerichtet; auch Menschenleben sind dabei verloren gegangen.

Schulfragen.

Die Verhandlungen in der Ersten Kammer standen am Mittwoch ganz im Zeichen der Schulpolitik, da es galt, einige unserer Schulwesen tief berührenden Fragen zu erledigen. Man begann zunächst mit dem höheren Schulwesen. Zu den Staatskapiteln 94 und 95, die dieses wichtige Gebiet umfassen, und die vom Hause glatt bewilligt wurden, lagen von der zweiten Deputation einige Vorschläge vor, die von den Beschlüssen der Zweiten Kammer abwichen; so wurde namentlich auch der Antrag der Zweiten Kammer, die Regierung möge in den laufenden Etat noch nachträglich einen Betrag von 40 000 Mk. einsetzen, um teilweise wenigstens die Gehaltsrückstände der Seminarlehrer und der seminaristisch und technisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen endlich zu erfüllen, von der Kammer abgelehnt. In der Aussprache wies Oberbürgermeister Keil darauf hin, daß bei dem Verkehre zwischen den Direktoren und dem Kultusministerium die hierfür eingesetzte Schulkommission nicht genügend herangezogen werde; und außerdem läge der Redner scharfe Kritik an den Erziehungsprinzipien einzelner Gymnasiallehrer, die sich älteren Gymnasialisten gegenüber unzulässiger Schimpfsworte bedienten. Der Kultusminister sagte hier sehr energische Reaktionen zu.

Den wesentlichsten Punkt der Tagesordnung bildete der Beschlussewurf über die Bewilligung fortlaufender

Schulbeihilfen durch den Staat. Der Entwurf erfuhr in der Form, wie ihn die Zweite Kammer nach mehrfachen Änderungen endlich angenommen hat, von den Vertretern der großen und mittleren Städte eine Kritik, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ; sogar die Regierung war von der Unschicklichkeit dieser Ablehnung etwas überrascht. Zum Wortführer dieser Opposition machte sich der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Dittich, der gegen den Entwurf des Schulbeihilfen-Gesetzes sehr schwere Bedenken ins Feld führte. Er lehnte das Dekret überhaupt rundweg ab. Die Notwendigkeit einer so grundlegenden Änderung erkannte er nicht an. Seiner Meinung nach wäre es viel besser gewesen, wenn man die für die unterstützungsbedürftigen Gemeinden schon jetzt ausgeworfenen Beträge einfach erhöht hätte. So stelle der jetzige Entwurf weiter nichts dar als eine große Ungerechtigkeit gegen die Großstädte, deren finanzielle Leistungsfähigkeit ohnehin durch die ihnen fortgesetzt erwachsenden Aufgaben in ein Uebermaß gesteigert würde. Den gleichen Standpunkt vertraten dann noch der Oberbürgermeister von Plauen Dr. Dehne und der Chemnitzer Oberbürgermeister Dr. Sturm. Dr. Wehnert und Baentig vertraten demgegenüber die Interessen der Landbezirke.

Run ist es ja richtig, daß der ganze Gesetzentwurf den Stempel eines Kompromisses an sich trägt; und daß es außerordentlich schwierig ist, alle widerstreitenden Interessen zu vereinen, erkannte auch der Kultusminister Dr. Beck an. Er bestritt die Berechtigung der von den drei Oberbürgermeistern vorgebrachten Bedenken und vermochte namentlich eine Zurücksetzung der Großstädte nicht zuzugeben, nachdem diese doch schon freiwillig auf die ihnen durch das Gesetz von 1892 gewährten Vorteile verzichtet hätten. Die Interessen einer Großstadt mit einem erbgewöhnlichen Kleindorfe unter einen Hut zu bringen, sei ebenso unüberwindlich, wie die Quadratur des Kreises. Im übrigen, so betonte der Minister, legten doch gerade die kleinen Gemeinden besonderen Wert auf einen gesetzlich festgelegten Anspruch auf Schulbeihilfen.

So zog sich die Debatte noch eine ganze Zeitlang hin, ohne daß jedoch die Opposition ihre Bedenken zurückzog. Schließlich wurde der Entwurf gegen die fünf Stimmen der Großstadtdenken in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer zum Gesetz erhoben.

Deutsches Reich.

Berlin. (Der Kaiser) hat dem Großadmiral von Roeder anlässlich seines 70. Geburtstages das Kreuz der Großkomture des Hausordens von Hohenzollern verliehen.

(Staatssekretär v. Jagow) erklärte in der Reichstagskommission, daß Deutschland gegenüber dem Konflikt zwischen Amerika und Mexiko neutral bleiben müsse. Das Reich habe die Aktion der drei großen südamerikanischen Republiken in Mexiko unterstützt.

(England und Deutschland.) Fürst Lichnowsky und Sir Frank Paolles hielten in der Deutsch-Englischen Freundschafts-Gesellschaft Ansprachen, in der sie das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und England betonten.

(Im Reichstag) wurde am Mittwoch nach Ueberweisung des Nachtragsetats an die Budgetkommission die Beratung über das Impfgesetz fortgesetzt und beschlossen. Eine sozialdemokratische Interpellation über die welschburgische Verfassungsfrage wird heute Donnerstag beraten werden.

(Vertagung, nicht Schluß des Reichstags.) Wie der „B. V. A.“ zuverlässig hört, beabsichtigt die Regierung nicht, den Reichstag vor Pfingsten zu schließen, sondern ihn wieder bis zum Herbst zu vertagen. Ueber die Novelle zur Beibehaltung der Reichsbeamten fand demselben Tage zu Folge eine Besprechung des Reichstagssekretärs mit führenden Abgeordneten sämtlicher bürgerlichen Parteien statt. Es handelte sich lediglich um die formelle Behandlung der Angelegenheit und es wurde vereinbart, die Novelle sofort in der Budget-Kommission wieder in Angriff zu nehmen, wenn diese den Etat erledigt hat. Außerdem erklärten auch sämtliche bürgerlichen Parteien, gewillt zu sein, die Beibehaltung der Reichsbeamten zu einem positiven Erfolg zu bringen.

(Mexiko.) Nach den neueren Meldungen, die aus Washington und aus Mexiko vorliegen, beurteilt man die Aussichten für die Vermittlung der südamerikanischen Republiken zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko heute noch skeptischer, als in den vorhergehenden Tagen. Man erblickt keine Möglichkeit, eine Basis zu finden, auf der die Vermittlung sich praktisch durchführen läßt, wenn die beiden streitenden Staaten auf ihrer bisherigen Haltung beharren.

Ausland.

Paris. (Zu den Kammerwahlen.) Die hiesigen Blätter ergötzen sich in langen und breiten Betrachtungen über den Ausfall der Kammerwahlen, deren Ergebnis natürlich von dem jeweiligen Parteihandpunkte aus entsprechend gechildert wird; doch geht aus amtlichen und privaten Zusammenstellungen hervor, daß von den 341 bisher gewählten Deputierten 210 für und 131 gegen die dreijährige Dienstzeit sind. Von den Mandatanten, die für die 251 Stimmwahlen in Betracht kommen, haben sich 132 für und 119 gegen die dreijährige Dienstzeit erklärt. Man rednet also aus, daß nach den Stimmwahlen 342 Deputierte für die Beibehaltung der wieder eingeführten dreijährigen Dienstzeit und 209 dagegen sein werden. Für die staatliche Einkommensteuer unter staatlicher Kontrolle haben sich 154, dagegen aber 201 erklärt. Von den Stimmwahlkandidaten sind 129 dafür und 168 dagegen, woraus hervorgeht, daß gegen die sogenannte Steuerinquisition 319 und 263 dafür sein werden. Dasselbe Verhältnis herrscht auch bezüglich der Einführung des Proportionalwahlrechts. Diese drei Fragen sind es aber bekanntlich, die die Franzosen gegenwärtig am meisten interessieren. Aus dem Ausfalle der Wahlen aber geht hervor, daß die Mehrheit der Franzosen sich für die Politik der Briand, Barthou und Millerand entschieden hat, in denen man die kommenden Männer der Republik zu erblicken haben dürfte.

London. (Asquith am Seidenweg.) Die Vorgänge in Ulster haben in der liberalen Partei eine starke Bestimmung erzeugt; die entscheidenden Kandidaten finden sogar, es sei höchste Zeit, daß Asquith etwas tue, und im Unterhause kam die herrschende Flutheit